



# Ein Viertel aller Beschäftigten geht mit Abschlägen in Rente

**Nachricht von Sabine Zimmermann, 12. Mai 2017**

Von den 888.521 Personen, die 2015 ihre Altersrente antraten, mussten 204.620 (entspricht 23 Prozent) mit Abschlägen auf ihre gesetzliche Rente in den Ruhestand gehen. Im Durchschnitt wiesen die abschlagsbehafteten Altersrenten einen Abschlag von 25,5 Monaten auf. Das entspricht Abschlägen von 7,65 Prozent, da für jeden Monat, den man vor Erreichen der Regelaltersrente in Rente geht, ein Abschlag von 0,3 Prozent berechnet wird. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung (PDF) auf eine schriftliche Frage der LINKEN Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann hervor.

Dazu erklärt die **stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Sabine Zimmermann:**

"Das Renteneintrittsalter liegt so hoch, dass viele Beschäftigte keine andere Wahl haben, als mit deutlichen Abschlägen in Rente zu gehen, weil sie nicht so lange auf den Ruhestand warten können. Auch die Beschäftigungschancen Älterer sind nicht gut, wie uns die Bundesregierung glauben machen will.

Die Arbeitsbelastung ist in vielen Berufen so hoch, dass eine Erwerbstätigkeit bis zum Regelrentenalter für viele körperlich gar nicht möglich ist. Dass trotz wachsender Altersarmut heute schon so viele Beschäftigte mit Abschlagen in den Ruhestand gehen, zeigt, wie unrealistisch alle Diskussionen um ein noch höheres Renteneintrittsalter sind."

**Zimmermann weiter:** "Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Für Jede und Jeden muss es eine gesetzliche Mindestrente geben, die vor Armut im Alter schützt. Die gesetzliche Rente muss wieder den Lebensstandard sichern, ohne dass die Menschen auf private Vorsorge verwiesen werden. Nach einem harten Arbeitsleben muss man sorgenfrei und in Würde in den Ruhestand gehen können."